

Rede von Marie Luise von Halem

Marie Luise von Halem spricht zum Konzept der Landesregierung zur gemeinsamen gesundheitswissenschaftlichen Fakultät und zum Antrag der CDU- Fraktion „Zukunftsstrategie für die Hochschulausbildung in Humanmedizin, Pharmazie sowie in den Gesundheitsberufen“

- Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede!

Ich frage mich, warum wir jetzt erst über das strategische und personelle Konzept zum Gesundheitscampus der Landesregierung debattieren, nachdem wir letzten Monat im Plenum schon den finanziellen und personellen Rahmen beschlossen haben? Andersrum wäre es allemal sinnvoller gewesen und der Antrag vom April hätte auf heute vertagt werden können. Aber sei's drum. Dafür hat die CDU-Fraktion zu heute einen Antrag vorgelegt, der sich ja durchaus folgerichtig aus der Debatte vom letzten Monat ableitet.

Weiterhin begrüßen wir das schlüssige inhaltliche Konzept zur gemeinsamen gesundheitswissenschaftlichen Fakultät. In einem Bundesland mit einer zunehmend älteren Bevölkerung gerade in den ländlichen Gebieten, verbunden mit einer erwartbaren Zunahme an pflegebedürftigen Menschen, ist der vertiefte Schwerpunkt auf Medizin und Gesundheit des Alterns nach wie vor überzeugend.

Auch die wissenschaftlichen Ausrichtungen der einzelnen Professuren ergeben ein stimmiges Gesamtbild. Allerdings waren und sind wir nicht glücklich darüber, dass ohne vertiefte parlamentarische Debatte im Ausschuss vom gemeinsam beschlossenen Grundsatz zwischen der Koalition und uns abgewichen wurde, wonach im Rahmen des Gesundheitscampus staatliche Mittel direkt und grundsätzlich nur an staatliche Einrichtungen gegeben werden dürfen. Nun wird es einen Landeszuschuss von 1,6 Mio. Euro für vier Professuren an der MHB geben, wovon eine, nämlich die Professur für gesundheitswissenschaftliche Ausbildungsforschung und evidenzbasierte Lehr- und Lernmethodik nun wirklich nur sehr mittelbar mit dem genannten Forschungsschwerpunkt zu tun hat. Hier könnte es eher darum gehen, wie sich die Lehre zur Gesundheitsforschung auch an diesem Standort weiterentwickeln soll.

Und vielleicht ist diese Frage ja auch durchaus berechtigt. In der allgemeinen Debatte um die medizinische Ausbildung haben nicht nur wir, sondern alle Fraktionen immer wieder Bezug genommen auf die Empfehlung des Wissenschaftsrates, in Brandenburg keine medizinische Fakultät in Brandenburg aufzubauen. Und es wäre schon sehr interessant zu wissen, was der Wissenschaftsrat uns heute - 27 Jahre später - dazu zu sagen hat.

Insofern gebe ich der CDU unbedingt Recht, dass wir ihn dazu befragen sollten. Und auch wenn ich die Schlussfolgerungen aus der Analyse zur Lage in Brandenburg im CDU Antrag nicht samt und sonders teile: die Probleme sind hier ja richtig benannt. Wir haben den Nachwuchsmangel bei den Haus- und Fachärzt*innen und den Pharmazeut*innen in den ländlichen Räumen, wir müssen uns dringend um die ausreichende Versorgung mit Hebammen kümmern und die EU-Richtlinie sieht das Studienangebot für Hebammen bis Anfang 2020 vor.

Ob es tatsächlich gelänge, eine auf einer neuen Aussage des Wissenschaftsrats basierende Landesstrategie zu Hochschulbildung für Medizin, Pharmazie, Pflege und die Hebammenausbildung, verbunden mit der Krankenhausplanung bis Ende September vorzulegen, wage ich zwar zu bezweifeln, aber spätestens bevor wir hier alle in den Wahlkampfmodus umschalten wäre eine Zukunftsplanung sicher wünschenswert, damit die Perspektiven für die nächsten 10 bis 20 Jahre im Kontext der Hochschulplanung klarer werden.

Was ich aber wirklich nicht verstehe, warum Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, sowohl in Ihrer Analyse als auch in Ihren Anforderungen an eine solche Strategieplanung die Nähe zu Berlin und damit die selbstverständlich anzustrebende Abstimmung und Kooperation mit Berlin außen vorlassen. Gerade in dieser Frage, wo wir die Charité nun wirklich vor der Haustür haben und sowohl, was die Ausbildung von Hebammen, als auch von Pharmazeut*innen aber auch von Pflegekräften angeht, Absprachen und Kooperationen sich geradezu aufzwingen, ist diese Leerstelle in Ihrem Antrag ziemlich regionalpatriotisch kleinkariert.

Aber da würde ich dann wiederum dem Wissenschaftsrat und den Schlussfolgerungen der Landesregierung vertrauen, dass dieser Aspekt Berücksichtigung findet, und wir stimmen deswegen dem Antrag trotzdem zu.